

Aufbruch in schöne neue Zeiten?

Die Debatte um die Lissabon-Nachfolgestrategie Europa 2020 als Indikator für »neue« Weichenstellungen in der europäischen Integration?

Elisabeth Klatzer

Ein neues Jahrzehnt der europäischen Integration beginnt mit einer neuen wirtschaftspolitischen Strategie, die alte Rezepte mit neuer Vehemenz durchsetzen will. Die wesentlichen Grundzüge der neuen Strategie werden im Beitrag von Dräger in dieser Ausgabe dargestellt, daher wird auf eine umfassende Beschreibung in diesem Artikel verzichtet. Vielmehr werden ausgewählte Aspekte der Debatte um die neue Strategie in einen breiteren Zusammenhang der Dynamik der europäischen Integration gestellt. Es geht nicht nur um die Frage der inhaltlichen Ausrichtung der Strategie, sondern auch um demokratiepolitische Fragen sowie neue Weichenstellungen im Institutionengefüge.

Anhand von einigen Thesen möchte ich wesentliche Elemente der gegenwärtigen Dynamik in der Europäischen Integration zur Diskussion stellen:

Nichts gelernt aus der Krise und dem Scheitern der Lissabon Strategie

Für die Bilanz der wirtschaftspolitischen Strategie scheint die Krise gerade recht gekommen, denn sie lenkt von mangelnden Erfolgen der Vergangenheit ab. Damit wird überdeckt, dass die Lissabon-Strategie schon vor Ausbruch der Krise in Europa ihren Zielen nicht gerecht werden konnte. Abgesehen von einem grünen Anstrich für die neue Europa 2020 Strategie und einer wenig ambitionierten Berücksichtigung von Armutsbekämpfung werden inhaltlich wenig neue Akzente gesetzt.

Der Zusammenhang zwischen der Lissabon-Strategie und den Krisenursachen wird auf europäischer Ebene unzureichend thematisiert. Als Ursachen der Wirtschaftskrise werden makroökonomische Ungleichgewichte und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit identifiziert. Gleichzeitig konstatiert die Europäische Kommission in der knappen Bewertung der Lissabon-Strategie, dass mangelhafte Aufsicht und systemische Risiken in den Finanzmärkten, Spekulationsblasen (z. B Immobilienmarkt) und kreditgetriebener Konsum maßgeblich zur Krise beigetragen haben (Europäische Kommission 2010b, 5). Die Frage, ob der wirtschaftspolitische Kurs der mit der Lissabonstrategie verfolgt wurde, zur Krise beigetragen hat, wurde gleich gar nicht formuliert. Es wird verschwiegen, dass die Reformen im Rahmen der Lissabonstrategie wesentlich zu diesen Entwicklungen beigetragen haben. Im Gegenteil, die Kommission behauptet, dass der Schwerpunkt der Lissabon-Strategie auf den richtigen Strukturreformen lag, die Strukturreformen die »EU-Wirtschaft widerstandsfähiger gemacht« und geholfen haben, die Turbulenzen zu überstehen (ebd., 4). und macht sich gar nicht die Mühe, dies zu belegen.

Ökonomische Zusammenhänge werden ignoriert oder in das Gegenteil verkehrt, um in das ideologische Bild zu passen. So werden zu hohe Lohnzuwächse für das hohe Leistungsbilanzdefizite in manchen Mitgliedstaaten verantwortlich gemacht

(ebd., 5), während die destabilisierenden ökonomischen – und sozialen – Konsequenzen einer verfehlten restriktiven Lohnpolitik, z. B. in Deutschland und Österreich, verschwiegen werden.

Mangelnde Erfolge werden im Wesentlichen auf schwache Governance Strukturen, mangelnde Umsetzung und Probleme bei der Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten zurückgeführt (ebd., 7). Die wesentliche Lehre aus der Vergangenheit scheint zu sein, dass die gleichen wirtschaftspolitischen Rezepte mit mehr Verbindlichkeit und erhöhtem Druck auf die Mitgliedstaaten durchzusetzen sind.

Die Krise hat wesentliche Handlungsfelder aufgezeigt, nämlich die Notwendigkeit einer effektiven Regulierung, insbesondere – aber nicht nur – auf den Finanzmärkten. Es besteht großer Handlungsbedarf, der zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, eine der wesentlichen Krisenursachen (vgl. Horn et al. 2009), entgegenzuwirken. Weiters zeigt sich, dass nicht der Abbau der Staatsquote, sondern die Erweiterung öffentlicher Handlungsspielräume, nicht zuletzt durch die Ausweitung – und nicht Erodierung – adäquater Besteuerungsgrundlagen sowie der Um- und Ausbau staatlicher Leistungen u. a. wesentliche ökonomische Stabilisierungsfunktion haben. All das findet in der neuen Strategie wenig Beachtung.

Alter Wein in neuen Schläuchen: Angebotsseitige neoliberale Agenda wird mit neuer Vehemenz fortgesetzt

Auf den ersten Blick werden mit der neuen Strategie durchaus einige neue Akzente gesetzt. So schlägt die Europäische Kommission eine Strategie für »intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum« vor. »Nachhaltige Wirtschaft, soziale Inklusion und hohe Beschäftigung« werden angestrebt und das »Ziel der Förderung wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Kohäsion« wird in Erinnerung gerufen. Weiters werden 5 Kernziele vorgeschlagen, die neben anderen auch Umwelt-, Bildungs- und Armutsbekämpfungsziele enthalten. Also, ein Hauch mehr »grün« und »sozial«? Abgesehen von der Tatsache, dass das Ziel der sozialen Eingliederung/ Armutsbekämpfung ein schwacher und wenig ambitionierter Kompromiss ist, der mit der angepeilten Verminderung der Armut um 20 Mio. Menschen in 10 Jahren aufgrund der breiten Definition¹ nicht viel mehr als eine Reduktion um ca. 15% darstellt, ändern diese Akzente nichts am grundsätzlichen angebotsseitigen Liberalisierungs- und Flexibilisierungskurs der Europäischen Union. Vielmehr werden einmal mehr makroökonomische Stabilität, sogenannte »Nachhaltigkeit« der öffentlichen Finanzen und Strukturreformen sowie Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Wachstumspotential in den Mittelpunkt gestellt (Europäischer Rat 2010a, RN 2-5). Die Sparpolitik steht eindeutig im Vordergrund (Europäischer Rat 2010b, RN 2) und der Fokus einer Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung liegt primär auf einer Verschärfung der Vorschriften für die Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten (ebda, RN 11).

Nahezu alle wesentlichen Handlungsbereiche für eine zukunftsfähige europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben ausgespart: trotz Krisenerfahrungen wird die einseitige angebotsorientierte Wettbewerbspolitik fortgesetzt, obwohl eine balancierte makroökonomische Strategie, die auch Nachfragesteuerung und effektive Einschränkungen der Marktmacht einzelner Akteure überfällig ist. Die Notwendigkeit einer effektiven Finanzmarktregulierung gerät zusehends wieder ins Abseits. Einzelne Vorschläge werden verwässert und andere von vorne herein abgelehnt (vgl.

den kürzlich erschienen EK Bericht zu Finanztransaktionssteuer und innovativen Finanzquellen). Eine wesentliche, verdrängte Ursache für die Finanzkrise, die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung (vgl. Horn et al. 2010, Unger 2010, 29ff;), wird im Rahmen der neuen Strategie wiederum völlig ignoriert. Die Erodierung der Steuerbasis und damit der Handlungsfähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten durch Steuerwettbewerb nach unten, vor allem im Bereich der Unternehmensbesteuerung ist ebenso kein Thema.

Insbesondere erstaunlich ist auch die Ignoranz in einem angeblichen Kernbereich der Strategie, nämlich der Beschäftigung: die Strategie ist auf rein quantitative Steigerung der Beschäftigungsquoten und individuell orientierte Beschäftigungsansätze konzentriert. Eine Steigerung der Beschäftigungsquoten per se stellt noch keine sinnvolle Beschäftigungspolitik dar, denn auch eine reine Umverteilung der Arbeit und zusätzliche »Bagatelljobs« heben zwar die Quote aber schaffen nicht mehr Arbeit. Weiters führt die einseitige Erhöhung des Arbeitsangebotes bekanntermaßen zu erhöhtem Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne und verstärkt problematische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Wesentliche Herausforderungen, wie zunehmende Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, stagnierende bzw. sinkende Löhne, Flexibilisierungsdruck etc. sind kein Thema der neuen Strategie. Dabei ist mit Interesse zu vermerken, dass auch Bemühungen der schwedischen Präsidentschaft im 2. Halbjahr 2010, Themen wie beispielsweise die Gleichstellung der Geschlechter auf die Agenda zu bringen (vgl. Swedish Presidency of the European Union 2009) wenig Widerhall in der Strategie finden. Auch der Zusammenhang zwischen Qualität der Arbeit sowie sozialpolitischen Maßnahmen und Produktivität bzw. Wachstum wird in dem der Strategie zugrundeliegenden Paradigma nicht zur Kenntnis genommen. Ebenso wird der Bedeutung der Motivation der Beschäftigten, z. B. durch Teilhabe und Mitbestimmungsmodellen für die Produktivitäten (vgl. Collignon 2008, 5) keine Aufmerksamkeit geschenkt. Interessant ist, dass der Europäische Rat im Dezember 2009 noch die zunehmende Ungleichheiten als wesentliche Herausforderung identifiziert (Europäischer Rat 2009, RN 17), diesen Befund aber in der neuen Strategie ignoriert.

Mit diesen Leerstellen in der neuen Strategie wird deutlich, dass ein weiteres Jahrzehnt fehlgeleiteter Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene folgen wird. Was aber Grund zur Besorgnis sein sollte ist, dass diese einseitige und kontraproduktive Wirtschaftspolitik durch verstärkte Überwachung und mit neuer Vehemenz in den Mitgliedstaaten durchgesetzt werden soll (Europäischer Rat 2010b, RN 12). In diesem Zusammenhang sind die Ende Juni vorgelegten Vorschläge der Kommission (vgl. Europäische Kommission 2010d) alarmierend, da sie im Falle einer Abweichung von der wirtschaftspolitischen Doktrin striktere Überwachungsmechanismen und »*specific enforcement mechanism*« (ebda, 5) vorsehen. Dies ist im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion in der weitgehend abgeschottet von der Öffentlichkeit agierenden Task Force zur wirtschaftspolitischen Steuerung (vgl. Europäischer Rat 2010b, RN 10ff) und den dort diskutierten Vorschlägen zur Einführung von verstärkten Sanktionen im Zusammenhang mit dem Wachstums- und Stabilitätspakt zu sehen (Van Rompuy 2010b). Eine inakzeptabel kriegerische Sprache – Van Rompuy spricht von »nukleare Option« und »Waffen« (vgl. ebda, 2) –, die offenbar wilde Entschlossenheit signalisieren soll, erlaubt nebenbei Einblicke in den Geisteszustand der europäischen Führung. Ein Grund mehr zu höchster Besorgnis.

Elegante Orchestrierung einer Nicht-Debatte

De facto wurde die neue Strategie mit der Mitteilung der Kommission (Europäische Kommission 2010) und den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März 2010 bereits weitgehend festgelegt, das letzte »fine tuning« wurde beim Europäischen Rat am 17. Juni 2010 vorgenommen. Es ist erstaunlich, dass bislang praktisch keine relevante öffentliche Debatte über grundlegende Fragen der wirtschafts-, sozial und umweltpolitischen Ausrichtung der europäischen Politik für das nächste Jahrzehnt stattgefunden hat. Nicht nur Medien und Öffentlichkeit zeigen sich erstaunlich desinteressiert an diesen Themen, auch in der wissenschaftlichen Debatte zeigt sich auffällige Ruhe. Das erstaunt umso mehr, als eine magere Bilanz der Lissabon Strategie, enttäuschende wirtschaftliche Performance im letzten Jahrzehnt sowie die gegenwärtige wirtschaftliche Krise großen Handlungsbedarf für eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik nahelegen.

Es ist demokratiepolitisch bedenklich und gleichzeitig exemplarisch für das große Defizit an »BürgerInnennähe« in wesentlichen Themen, dass eine derart wichtige Frage in einem kleinen Kreis von Eingeweihten, primär europäischen Institutionen und einigen europäischen Think Tanks überlassen wird. Eine These in diesem Zusammenhang ist, dass dies nicht Zufall, sondern Ergebnis eines Zeitplanes ist, der breite Beteiligung und die Formierung einer kritischen Öffentlichkeit elegant verhindert. Elegant deshalb, da eine oberflächliche Betrachtungsweise sehr wohl den Schluss zulässt, dass Beteiligung an der Debatte möglich und erwünscht wäre. Ein näherer Blick zeigt allerdings ein – unnötig – enges Zeitkorsett, das die Entwicklung einer öffentlichen Diskussion torpediert:

So hat die Europäische Kommission erst Ende November 2009 einen öffentlichen Konsultationsprozess eingeleitet (vgl. EK 2009), gerade rechtzeitig zum einsetzenden Adventtrubel. Und knapp nach der Weihnachtspause, am 15. Jänner 2009, war die Frist für Beiträge zur Konsultation auch schon wieder abgelaufen. Angesichts dessen ist es umso erstaunlicher, dass doch 1400 Beiträge (EK 2010, 3) eingereicht wurden. Allerdings wurde mit dieser Zeitplanung effektiv verhindert, dass rund um die Konsultation die Aufmerksamkeit der Medien und einer breiteren Öffentlichkeit auf dieses Thema gelenkt wurde. Diese späte und knappe Konsultation ist umso erstaunlicher, als spätestens seit März 2008, als der Europäische Rat sich erstmals mit der Zukunft nach Auslaufen der Lissabonstrategie beschäftigte, das Thema auf der Agenda war.

Gleichzeitig wurde auch innerhalb der Europäischen Institutionen ein enormer Zeitdruck für die Behandlung erzeugt. Die Europäische Kommission legte ihre Vorschläge Anfang März 2010 vor (vgl. Europäische Kommission 2010c) und die Beschlussfassung darüber sollte bereits 3 Wochen später beim Europäischen Rat am 25./26. März 2010 stattfinden. Der neue europäische Ratspräsident Van Rompuy hat mit einem kurzfristig anberaumten Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs am 11. Februar 2010 den Zeitdruck noch verstärkt. Durch diese Eile wurde wohl auch eine eingehende Diskussion innerhalb der öffentlichen Institutionen verhindert, aber vielmehr noch eine Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und der breiten Bevölkerung am Meinungsbildungsprozess in den einzelnen Mitgliedstaaten verhindert.

Die Vorlage im März hängt wohl mit den Verzögerungen bei der Einsetzung der neuen Kommission zusammen, allerdings bestand kein unabdingbarer Grund für

diese Eile in der Beschlussfassung, da die Lissabonstrategie ohnehin bis Ende 2010 angelegt ist. Eine ausführliche Diskussion im ersten Halbjahr 2010 mit einer Beschlussfassung im Juni oder im Herbst wäre angesichts der Bedeutung dieser Strategie und der enormen Herausforderungen der EU angebracht, aber offenbar nicht gewünscht.

Soweit aus öffentlich zugänglichen Dokumenten ersichtlich, fand innerhalb der europäischen Institutionen keine nennenswerte Debatte über die magere Bilanz der Lissabonstrategie statt. Die Kommission legte zwar – ebenfalls befremdlich spät im Februar 2010 – ein dünnes Papier zur Bewertung der Lissabon-Strategie vor (Europäische Kommission 2010b), das allerdings wenig Beachtung fand. Es liegt der Schluss nahe, dass dieser künstlich erzeugte Zeitdruck verhindern sollte, das Mantra der Lissabonstrategie – Strukturreformen, Flexibilisierung, Abbau von Regulierung (unter dem Schlagwort »better regulation«), rigorose, undifferenzierte Sparpolitik und Abbau von Sozialleistungen unter dem Mäntelchen »Modernisierung« etc. – in Frage zu stellen.

Bezeichnend ist, dass auch bei den Treffen der Staats- und Regierungschefs keine nennenswerte inhaltliche Debatte stattgefunden hat – zumindest soweit aus den öffentlich zugänglichen Dokumenten ersichtlich (Generalsekretariat des Rates der EU 2010, Europäischer Rat 2010). Vielmehr scheint auf höchster Ebene, abgesehen von der Festlegung von 5 Zielen, primär die Governance der Strategie ein Thema zu sein.

So wird mit künstlich erzeugtem Zeitdruck und Debatten über Nebenschauplätze eine ineffektive und gescheiterte Strategie, die wesentliche Krisenursachen wie Finanzmarktliberalisierung, Deregulierung, Erodierung der Handlungsfähigkeit und der finanziellen Basis der öffentlichen Hand sowie steigende Ungleichheiten von Einkommen und Vermögen beschleunigt hat, ins nächste Jahrzehnt hinübergerettet.

Euro-Speak für Insider: Eine Flut von Code-Wörtern als Barriere und Camouflage

Ein wesentliches Moment der Schaffung von Insidern und Outsidern in der europäischen Debatte ist die Sprache. Gleichzeitig werden damit politische Konzepte beschönigt, indem unverfängliche oder allgemein akzeptierte Begriffe mit neuen Inhalten gefüllt werden, die nur von Insider richtig interpretiert werden können. In der Folge einige Beispiele für diese Tendenz im Zusammenhang mit der Lissabon- bzw. deren Nachfolgestrategie.

Nachhaltigkeit beispielsweise ist ein Begriff, der ursprünglich ökologische, ökonomische und soziale Dimensionen umfasste und Zukunftsfähigkeit ausdrückt. Im Zusammenhang mit der Lissabonstrategie ist Nachhaltigkeit zu einer »Bedrohung« mutiert. So sind nachhaltige öffentliche Finanzen ein beschönigendes Code-Wort für einseitige Sparpolitik. Nachhaltiges Wachstum heißt mittlerweile nicht mehr als Wachstumsraten über einen längeren Zeitraum. Und nachhaltige Sozialsysteme sind ein Synonym für Vorschläge zum Sozialabbau, ebenso wie der Begriff »Modernisierung der Sozialsysteme«.

Bereits aus der Lissabon-Ära bekannt ist der Begriff der Flexicurity, der vornehmlich Flexibilisierung mit Sicherheitsaspekten kombinieren soll, allerdings in der Praxis bleibt nur der Druck zu Flexibilisierung übrig, begleitet von vernebelnden deklaratorischen Aussagen, die keine substantielle Maßnahmen nach sich ziehen.

Neue Beispiele aus der Europa 2020 Strategie sind die »Bottlenecks« bzw. Wachstumspässe. Obwohl inhaltlich noch völlig unbestimmt (abgesehen davon, dass der Zusammenhang zu Binnenmarkt und Infrastruktur hergestellt wird), hat sich der

europäische Rat darauf festgelegt, dass die Beseitigung der Bottlenecks ein wesentliches Element der neuen Strategie sei, und zwar sowohl auf EU Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten. Es bleibt abzuwarten, welche Konkretisierung dieser Begriff erfahren wird, es ist allerdings absehbar, dass damit weitere Liberalisierungsschritte im Binnenmarkt, z. B im Dienstleistungsbereich, vorangetrieben werden sollen.

Unter dem Code-Wort »*macro-economic imbalances*«, das offenbar drohende Griechenland-Szenarien für die anderen Mitgliedstaaten nahelegen und damit Dringlichkeit und Sachzwang unterstellen und kritische Debatten verhindern soll, wird ein verschärftes makro- und mikroökonomisches Korsett der Wettbewerbsagenda geschnürt, diesmal mit neuen Mechanismen des Durchgriffs auf die Mitgliedstaaten (vgl. Europäische Kommission 2010d).

Neue Governance: engeres Korsett »à la IWF«?

Auffallend an der bisherigen Debatte ist, dass Festlegungen zum Prozedere bzw. der Governance der neuen Strategie – selbst auf höchster politischer Ebene – einen weit aus größeren Stellenwert einnehmen als inhaltliche Schwerpunkte. So beispielsweise haben die Staats- und Regierungschefs soweit öffentlich bekannt vor allem Aspekte der Steuerung der neuen Strategie behandelt (vgl. Generalsekretariat des Rates 2010, 2). Auch die Ergebnisse der Beratungen im März 2010 (vgl. Europäischer Rat 2010) sagen wenig zum Inhalt aus, dafür gibt es umso mehr detaillierte Festlegungen zu prozeduralen Fragen.

Dabei zeigt sich eindeutig, dass die Verbindlichkeit für die Mitgliedstaaten und insbesondere die Überwachung verschärft werden soll. Grundsätzlich wäre in der europäischen Union eine verstärkte wirtschaftspolitische Zusammenarbeit und erhöhte Verbindlichkeit einer europäischen wirtschafts- und sozialpolitischen Strategie in den Mitgliedstaaten wichtig. Angesichts der einseitigen Ausrichtung der Strategie sind allerdings Assoziationen mit der Rolle des Internationalen Währungsfonds zur Durchsetzung der neoliberalen Agenda und Strukturreformprogramme in den Ländern des Südens angesichts folgender Formulierungen nicht verwunderlich: »enhance monitoring and surveillance through more benchmarking, stringent assessments and missions in member states by the Commission and national experts« (Generalsekretariat des Rates 2010, 2).

Die gegenwärtige Debatte über die Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaftsregierung ist auch in diesem Kontext zu sehen. Grundsätzlich wäre eine weiter verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung auf europäischer Ebene wesentlicher nächster Schritt. Angesichts der gegenwärtigen einseitigen Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Rezepte klingt ein derartiges Vorhaben wohl eher als Bedrohung. In diesem Zusammenhang sollte wohl der vom Europäischen Rat im März 2010 eingerichteten Task Force, zusammengesetzt aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der EZB, die bis Ende 2010 Optionen zur Stärkung des Rechtsrahmens vorlegen soll, um das Ziel eines verbesserten Krisenbewältigungsrahmens und einer besseren Haushaltsdisziplin zu erreichen, verstärkt kritische Beachtung und Beobachtung geschenkt werden. Diese Arbeitsgruppe, die mittlerweile ihr Mandat auf »Wirtschaftspolitische Steuerung« ausgeweitet hat (vgl. Europäischer Rat 2010b, RN 10), agiert bedauerlicherweise nach wie vor weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit. In einem unglaublichen Tempo und weitgehend abgeschottet von der Öffentlichkeit, was es selbst für kritische EU-Insider nahezu unmöglich macht, der Debatte zu fol-

gen und eine kritische Gegenöffentlichkeit zu mobilisieren, werden – soweit die wenigen öffentlichen Informationen schließen lassen (Van Rompuy 2010a und 2010b, Europäischer Rat 2010b, Europäische Kommission 2010d) – weitgehende Weichenstellungen vorgenommen: den Mitgliedstaaten sollen in Sachen Fiskalpolitik mittels finanzieller Sanktionen noch engere Grenzen gesetzt werden; weiters soll ein einseitiges wirtschaftspolitisches Programm zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durchgesetzt werden, mit verschärfter Überwachung und »Korrekturmaßnahmen« (vgl. Van Rompuy 2010b, 3), für jene Länder, die nicht gewillt sind, dem vorgegebenen wirtschaftspolitischen Kurs strikt zu befolgen.

Machtverschiebungen im Institutionengefüge:

Der Europäische Rat und sein Präsident sowie der Ecofin im Aufschwung

Zwei Tendenzen einer doch beträchtlichen Machtverschiebung zeichnen sich im Zusammenhang mit der Debatte zur neuen Strategie ab: Einerseits gewinnt der – mit dem Vertrag von Lissabon eingeführte – Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, mit unerwarteter Schnelligkeit eine zentrale Stellung im Institutionengefüge, primär zulasten der rotierenden Präsidentschaft, aber auch zulasten der Europäischen Kommission. Andererseits baut im Rat der Europäischen Union der Ecofin seine Vormachtstellung zulasten der anderen Ratsformationen aus.

Der Präsident des Europäischen Rates hat die neue Strategie unmittelbar nach Amtsantritt als Zeichen seines Macht- und Gestaltungswillens gewählt. So hat er bereits am 11. Februar, noch vor Vorliegen der Mitteilung der Europäischen Kommission ein informelles Treffen des Europäischen Rates einberufen, wo er bereits wesentliche Weichenstellungen für die neue Strategie in prozeduraler Hinsicht absegnen lies (vgl. Generalsekretariat des Rates der EU 2010). Auch für den formellen Europäischen Rat im März 2010 setzte er eigene Schwerpunkte, die vom – ansatzweise integrativen – Ansatz der Europäischen Kommission abwichen. So formulierte er im Einladungsbrief an die Staats- und Regierungschefs eine eigene Agenda hinsichtlich Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, einseitig orientiert auf Wettbewerbsfähigkeit und Zahlungsbilanzentwicklungen, ohne Zweifel gestärkt durch die mediale Interpretation der Griechenland-Krise (vgl. Van Rompuy 2010a, 2). Das fand in den Beschlüssen des ER seinen Niederschlag. So wird ein Überwachungsmechanismus festgelegt, bei dem die Entwicklung der Produktivität als »wesentlicher Fortschrittsindikator« hervorgehoben wird, gleichzeitig mit makroökonomischen und strukturellen Entwicklungen sowie Entwicklungen der Wettbewerbsfähigkeit und der Finanzmarktstabilität (Europäischer Rat 2010, RN 6).

Auch in Bezug auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung ist diese Machtverschiebung von Interesse. Während der Kommissionspräsident Barroso in seiner ersten Amtszeit eine klare neoliberale Agenda ohne Kompromisse verfolgte, zeichnet die neue Kommission sich durch – zumindest zarte – sozialpolitische Akzente (z. B. vehemente Verfechtung der Armutsbekämpfung als eines der fünf Kernziele der neuen Strategie) aus. Nunmehr scheint Van Rompuy verstärkt die Rolle des Verfechters der »markoliberalen Lehre« zu übernehmen.

Mit Van Rompuy soll der Europäische Rat, das intransparenteste Gremium im Institutionengefüge der Europäischen Union, aufgewertet werden.

Der zweite Aspekt der Machtverschiebung, die zunehmende Stärkung des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister scheint mit der neuen Strategie beschleunigt

zu werden. Während in der Vergangenheit alle relevanten Fachministerräte Stellungnahmen abgegeben haben, zuletzt während der schwedischen Präsidentschaft 2009, kommt nunmehr dem Ecofin als einzigem Ministerrat die Rolle zu, sich formell in Form von Schlussfolgerungen zur neuen Strategie zu äußern (Ecofin 2010). Das ist insofern mit großer Aufmerksamkeit weiterzuerfolgen, als der Ecofin – im Vergleich zum Rat der Beschäftigungs- und Sozialminister – noch stärker eine einseitig auf finanzielle Stabilität, Abbau der Sozialleistungen und angebotsseitige Struktur-reformen orientierte Agenda vertritt. Die Debatte mit Griechenland kommt in dem Zusammenhang wohl gerade recht, um unter dem Stichwort der »Makrostabilität« seinen Einfluss weiter auszubauen.

Resümee: Machtkonzentration zur verstärkten Durchsetzung einer neoliberalen Wettbewerbsagenda auf Kosten der Allgemeinheit

Den hier zur Diskussion gestellten Thesen ist gemeinsam, wesentliche Dynamiken im Zusammenhang mit der Europa 2020 Strategie zu reflektieren. Veränderungen im Machtgefüge der europäischen Institutionen, in der Governance und den Durchsetzungsmechanismen sowie in demokratiepolitischer Hinsicht werden sichtbar. Erstaunlich krisenresistent sind die wirtschaftspolitischen Konzepte. Es wird deutlich, dass selbst die größte Krise zu keinem nennenswerten Umdenken hinsichtlich der strategischen Ausrichtung geführt hat. Vielmehr werden Weichenstellungen auf verschiedenen Ebenen gesetzt, um überholte wirtschaftspolitische Rezepte mit verminderter demokratiepolitischer Legitimation und stärkerer Vehemenz – u. a. durch verschärfte Überwachungsmechanismen und Sanktionen – durchzusetzen.

Literatur

- Busch, Klaus (2009) Comment avancer vers une meilleure cohérence sociale en Europe, Friedrich-Ebert-Stiftung, Paris, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/06737.pdf> (Zugriff 17. 4. 2010).
- Collignon, Stefan (2008) Vorwärts mit Europa: für eine demokratische und progressive Reform der Lissabon-Strategie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05293.pdf (Zugriff 17. 4. 2010).
- Dauderstädt, Michael (2009) Kohäsion mit Defiziten. Das europäische Wachstumsmodell in der Krise, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06791.pdf> (Zugriff 17. 4. 2010).
- Dullien, Sebastian (2010) Towards a sustainable growth model for Europe. In: Internationale Politik und Gesellschaft, S. 36–44.
- Ecofin (2010), Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 16. März 2010 (Dok. 7586/10), <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st07/st07586.de10.pdf> (Zugriff 17. 4. 2010).
- Europäische Kommission (2009) Consultation on the future »EU 2020« strategy, Brussels, 24. 11. 2009 COM(2009)647 fin.
- Europäische Kommission (2010a) Europe 2020 – public consultation. Overview of responses, Commission staff working paper, SEC(2010) 246 fin.
- Europäische Kommission (2010b) Bewertung der Lissabon-Strategie, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen, 2. 2. 2010, SEK(2010) 114 endg., Brüssel.
- Europäische Kommission (2010c) Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, 3. 3. 2010, COM(2010) 2020 endg., Brüssel.
- Europäische Kommission (2010d) enhancing economic policy coordination for stability, growth and jobs – Tools for stronger EU economic governance, Mitteilung, 30. 6. 2010, COM(2010) 367/2, Brüssel.
- Europäischer Rat (2010a) Schlussfolgerungen, Tagung am 25./26. März 2010, EUCO 7/10.

- Europäischer Rat (2010b) Schlussfolgerungen, Tagung am 17. Juni 2010, EUCO 13/10.
- Fischer, Severin/ Gran, Stefan/ Hacker, Björn/ Jakobi, Anja P./ Petzold, Sebastian/ Pusch, Toralf/ Steinberg, Philipp (2010) »EU 2020« – Impulse für die Post-Lissabonstrategie. Progressive Politikvorschläge zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung Europas, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06962.pdf> (Zugriff 17. 4. 2010).
- Generalsekretariat des Rates der EU (2010) Europäischer Rat, Tagung am 25./26. März 2010, Neue Europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Hintergrundpapier Nr. 1, http://www.european-council.europa.eu/media/62234/5_strategie2020_de.pdf (Zugriff 17. 4. 2010).
- Hacker, Björn (2009) Vers un »Maastricht social«. Propositions pour un pacte de stabilité sociale européen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Paris, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/06557.pdf> (Zugriff 17.4.2010).
- Horn, Gustav/ Dröge, Katharina/ Sturn, Simon/ van Treeck, Till/ Zwiener, Rudolf (2009) Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III). Die Rolle der Ungleichheit, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Report Nr. 41, September 2009, http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_41_2009.pdf (Zugriff: 18. 4. 2010).
- Kellermann, Christian; Ecke, Matthias; Petzold, Sebastian (2009) Eine neue Wachstumsstrategie für Europa nach 2010, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06204.pdf> (Zugriff 17. 4. 2010).
- Klatzer, Elisabeth/ Dossi, Harald (2009), Die Debatte um die künftige wirtschaftspolitische Strategie der Europäischen Union, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Sonderheft, Mai 2009, Wien, 89-97.
- Pochet, Philippe (2010) What's wrong with EU2020?, ETUI Policy Brief, European Social Policy, 2/2010, Brüssel, <http://www.etui.org/research/Media/Files/EEEPB/European-Social-Policy/2-2010-EN> (Zugriff 18. 4. 2010).
- Scharpf, Fritz W. (2002) The European Social Model: Coping with the Challenges of Diversity, MPiFG Working Paper 02/8, <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp02-8/wp02-8.html> (Zugriff 17. 4. 2010).
- Schlager, Christa/ Feigl, Georg (2010) Krisenbewältigung in der Europäischen Union. Budgetpolitische Konsequenzen am Beispiel Österreichs, in: Kurswechsel 1/2010, Wien, 101-111.
- Swedish Presidency of the European Union (2009) Conference Report. What does gender equality mean for economic growth and employment, http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.28945!menu/standard/file/Conference%20report%20Gender%20Equality%20Econ%20growth%20FINAL3.pdf (Zugriff: 18. 4. 2010).
- Unger, Brigitte (2010) Wer ist schuld an der Finanzkrise? in: Kurswechsel 1/2010, Wien, 24-37.
- Van Rompuy, Herman (2010a), Invitation letter by President Herman Van Rompuy to the European Council, Brussels, 23 March 2010, PCE 56/10, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/113507.pdf (Zugriff 17. 4. 2010).
- Van Rompuy, Herman (2010b) Bemerkungen von Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, im Anschluss an die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe »Wirtschaftspolitische Steuerung«, 07/06/2010, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/115240.pdf (Zugriff 1. 7. 2010).
- Verhofstadt, Guy (2010) Is the crisis of the euro nearly over? Notre Europe, 6. 4. 2010, http://www.notre-europe.eu/uploads/tx_publication/Tribune-GVerhofstadt-06.04.2010-EN.pdf
- Zeitlin, Jonathan (2009) »EU Policy Coordination Beyond 2010: Towards an Inclusive Governance Architecture«, EU Committee of the Regions, Proceedings of the Multilevel Governance Workshops, Brussels. <http://www.cor.europa.eu/pages/EventTemplate.aspx?view=folder&id=da6bea72-bb09-4bed-aa19-5eca8feb24dd&sm=da6bea72-bb09-4bed-aa19-5eca8feb24dd> (Zugriff 17. 4. 2010).

Anmerkung

- 1 Als Grundlage der Ermittlung der von Armut oder Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsgruppe werden drei Indikatoren (Armutrisiko, materielle Deprivation und Erwerbslosenhaushalt) herangezogen, wobei den Mitgliedstaaten bei der Festlegung der nationalen Ziele großer Spielraum zugestanden wird.